

Protokoll: 2. BAG Energie-Sitzung 2017 --- Kurzfassung --- 30. Juni bis 2. Juli 2017 in Potsdam

Protokollant: Werner Weindorf, LAG Energie Bayern
Kurzfassung: Ekkehard Darge, BAG Sprecher

Inhaltsverzeichnis

Freitag, 30. Juni 2017	3
Antrag von Horst: „Stichpunkt Papier für 100% erneuerbare Energien bis 2030 beim Strom“	3
Annalena Baerbock, MdB aus Brandenburg: Neues zur Klimapolitik und aus Brandenburg	3
Bericht.....	3
Diskussion.....	4
Samstag, 1. Juli 2017.....	7
Frauen und Energiewende, Eva-Christin Ernst, Hypatia Network.....	7
Stefan Taschner, M.d.A. Berlin: Stand der Energiepolitik in neuen grünen Bundesländerkoalitionen - Stand der Energiepolitik in Berlin.....	7
Stephan Witt, Theron Advisory Group, Berlin: Herausforderungen und Lösungen für Verteilnetze der Zukunft sowie Probleme bei der Digitalisierung der Energiewende am Beispiel Smart Metering.....	9
Präsentation.....	9
Diskussion:.....	10
Dr. Fritz Reusswig, Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung (PIK): Energiewendeproteste und Rechtspopulismus	11
Präsentation.....	11
Diskussion.....	13
Dr. Oliver Stengel Uni Bochum: Klimaschutz und Öffentlichkeit	13
Präsentation.....	13
Diskussion.....	15
Dr. Gilbert Sieckmann-Joucken: Schlaglicht Welt: Energiepolitik in Belarus	16
Luca Brunsch, BAG Energie: Stand der Energiepolitik in neuen grünen Bundesländerkoalitionen: Energiepolitik im Jamaika-Koalitionsvertrag in Schleswig-Holstein .	17
Auswertung BDK und zukünftige Ausrichtung der BAG – Teil 1	18
Sonntag, 2. Juli 2017	19
Prof. Dr. Dr. h.c. Michael Daxner, Potsdam: Schlaglicht Welt: Energiepolitik in Afghanistan ...	19
Präsentation.....	19
Diskussion.....	20
Auswertung BDK und zukünftige Ausrichtung der BAG – Teil 2	21
Einbindung der BAG in Koalitionsverhandlungen.....	21
Wahl einer Sprecherin bei der nächste BAG Energie-Sitzung	22

Auswahl der Themen für BAG	22
Befangenheit	22
Bund-Länder-Berichte	23
Bremen:.....	23
Hessen.....	23
NRW	23
Sachsen	23
Grüne Jugend	24
Niedersachsen	24
Schleswig-Holstein	24
Hamburg	24
Rheinland-Pfalz	24
AK Atom.....	24
Bayern.....	25
Brandenburg.....	25
Berlin	25
Termine.....	25

Freitag, 30. Juni 2017

Antrag von Horst: Erstellung eines „Stichpunkt Papier für 100% erneuerbare Energien bis 2030 beim Strom“

Horst Schiermeyer beantragt die Erstellung eines Stichpunkt Papiers als Hilfe für den Wahlkampf, wie wir bis 2030 auf 100% erneuerbaren Energien in der Stromerzeugung kommen. Eine Schreibgruppe möge das Stichpunkt Papier nun parallel zur BAG Sitzung erarbeiten/vorbereiten.

Das Für und Wider wird diskutiert.

Abstimmung:

- 4 Ja
- 8 nein
- 2 Entaltung

mit Mehrheit **abgelehnt**.

Annalena Baerbock, MdB aus Brandenburg: Neues zur Klimapolitik und aus Brandenburg

Bericht

Ministerpräsident Dietmar Woidke stellt sich klar hinter die Interessen der Braunkohle und interessiert sich nicht für den Klimaschutz. Dies wird an vielerlei Punkten deutlich.

Was wir nicht brauchen können, sind Ängste vor dem Strukturwandel in Brandenburg. Die Regierung sagt den Leuten, dass es keinen Strukturwandel gibt. Es muss dargestellt werden, dass der Strukturwandel für alle ein Gewinn ist. Die Braunkohlearbeiter erwarten Strukturwandel wie bei der Steinkohle. Wir fordern, dass es ähnliches wie bei der Steinkohle gibt.

Greenpeace hat Studie vorgestellt, wie man das Dunkelflautenproblem angehen soll. Man hat dann Bedarf an Power-to-Gas (PtG) und Gaskraftwerken. Es geht, es kostet halt nur Geld. Nach BDK hat Greenpeace sein Kohleausstiegsziel erhöht. Es wird auch von uns Grünen einen weitere Studie zum Kohleausstieg geben.

Samstag, 1. Juli 2017

Frauen und Energiewende, Eva-Christin Ernst, Hypatia Network

Hypatia – Frauennetzwerk Erneuerbare Energien und Cleantech e.V. (<http://www.hypatia-network.de/>)

Hypatia ist eine ehrenamtliches kleines Netzwerk von Frauen, die in der Erneuerbare-Energien-Branche arbeiten und aus unterschiedlichen Berufsgruppen kommen. Ziel ist unter anderen die Erhöhung des Frauenanteils in der Erneuerbare-Energien-Branche, Equal Pay und die Erhöhung der Sichtbarkeit von Frauen.

Stefan Taschner, M.d.A. Berlin: Stand der Energiepolitik in neuen grünen Bundesländerkoalitionen - Stand der Energiepolitik in Berlin

In Berlin regiert Rot-Rot-Grün. Drei Schwerpunkte der Regierungspolitik: Kohleausstiegsbeschluss, Berliner Stadtwerk, Klimaschutzprogramm

Geplant ist, bis 2017 aus der Braunkohlenutzung auszusteigen und spätestens 2030 aus der Steinkohlenutzung. Ein Energiewendegesetz wird geschaffen.

Heute gib es noch 3 Kohlekraftwerke von ursprünglich 4. Moabit (140 MWel) wird nun auf Biomasse umgerüstet, beheizt mit Hackschnitzel aus Kurzumtriebsplantagen in Brandenburg.

Die Kohlekraftwerke in Berlin laufen auch für die Wärmebereitstellung. Daher ist eine Wärmewende erforderlich. Dazu wird ein Berliner Wärmekonzept/-gesetz erstellt.

Beim Landesentwicklungsplan (LEP) redet Berlin mit und damit auch beim Braunkohletagebau in Brandenburg (gemeinsamer LEP).

Die SPD in Berlin und die SPD in Brandenburg wollen sich nicht gegenseitig weh tun. Daher sagt die SPD in Berlin nichts gegen den Braunkohletagebau in Brandenburg und die SPD in Brandenburg nicht gegen den Flughafen.

Berliner Stadtwerke:

- Eigenkapitalausstattung 100 bis 150 Mio. in dieser Legislaturperiode
- Eigene Stromerzeugungsanlagen z.B. Windenergieanlagen

- Mieterstromregelung
- dauerhaft 100% in öffentlicher Hand.
- Gewinne für Energiewende, nicht für öffentlichen Haushalt
- Energetische Quartierskonzepte
- Sozialtarife zur Bekämpfung von Energiearmut

Klimaschutzprogramm

- Strom: Warten auf Entscheidung von SenFin & Novelle EnWG
- Gas: Warten auf Entscheidung von Kammergericht
- Fernwärme: erst regulieren, dann möglicherweise übernehmen

Nach Ablauf des Konzessionsvertrags fallen die Strom- und Fernwärmenetze an das Land zurück. Es gibt hier jedoch auch andere Rechtsauffassungen. Vattenfall behauptet, dass das Land das Fernwärmenetz an Vattenfall verschenkt hat.

Stephan Witt, Theron Advisory Group, Berlin: Herausforderungen und Lösungen für Verteilnetze der Zukunft sowie Probleme bei der Digitalisierung der Energiewende am Beispiel Smart Metering

Präsentation

Siehe auch Präsentation.

Technische Probleme der Energiewende:

- Minimale Last: 35 bis 40 GW; maximale Last: 60 bis 70 GW, Jahresspitze: 74 GW
- Dunkle Flaute: ca. 2 Wochen

Szenario:

- 97,6 GW Einspeicherleistung; maximale Residuallast: 71,7 GW

Erforderliche Speicherkapazität: 40 TWh (zum Vergleich Pumpspeicher heute in Deutschland: 40 GWh; Norwegen könnte theoretisch eine Stromspeicherkapazität von 120 TWh bereitstellen.

Kapazität deutscher Gasspeicher= 220 TWh)

- Ansatz: 2/3 des Stroms wird direkt genutzt, 1/3 wird über Power to Gas (PtG) eingespeichert.
Massive Einsparung erleichtert die Umstellung auf 100% erneuerbarer Energien.

Digitalisierungsgesetz:

- Bisher: alte Ferraris-Zähler: 30 € Anschaffungskosten, Überprüfung alle 16 Jahre, halten sehr lange (bis 50 Jahre);
- Neu: Smart Meter mit digitalen Zähler: 60 € Anschaffungskosten, alle 8 Jahre Überprüfung nötig, nach 16 Jahren kaputt, da Kondensatoren austrocknen.
- Energieeinsparung: 3% der Energiekosten (Strompreis).
- Zu beachten: Die Smart-Meter-Zähler brauchen der Summe braucht mehr Strom, als im Schnitt mit dem Smart Meter einsparbar ist!! + Mehrkosten: 73 €/a je Haushalt zusätzlich + Installationskosten

Im heutigen Stromsystem gibt es etwa 1.000 zu steuernde Kraftwerkseinheiten, bei Smart Meter wird es ein System mit 100 Mio. Steuerungseinheiten geben, die zentral gesteuert werden sollen, wenn es nach dem derzeitigen Digitalisierungsgesetz ginge.

Das System mit Smart Metern ist nicht datensicher! Man kann private Daten herauslesen.

Alternative: Kleines selbsttätiges Steuerelement, das Geräte (sinnvoll: PV-Anlagen-Speicher, Wärmepumpen und Elektroautos/ Autobatterie-Ladesäulen) + deren Energieentnahme konstruktiv steuert über Messung der Netzfrequenz. Folgen: Strombedarfsspitzen können abgeflacht werden. Ein zentral gesteuertes Smart Metering ist überflüssig. Man kann das Digitalisierungsgesetz wieder abschaffen oder novellieren. Man muss eine Lösung aufzeigen.

Was kann man in den kommunalen Räten tun, um die Auswirkungen des Digitalisierungsgesetzes zu bremsen? Stephan Witt: Speicher bauen. Strom möglichst nicht transportieren. Die Kosten für Batterien werden auf 100,-€/kWh Speicherkapazität sinken. Jeder Haushalt mit einem 10 kWh-Speicher ausgestattet, ergibt 40 TWh Speicherkapazität.

Resümee: Das derzeitige Digitalisierungsgesetz taugt nichts.

Dr. Fritz Reusswig, Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung (PIK): Energiewendeproteste und Rechtspopulismus

Präsentation

Energiewendeproteste und Rechtspopulismus.

Umfragen:

- Bundesweit: 90% Zustimmung zur Energiewende
- 10% Energiewende-Gegner, davon:
 - 44,2% AfD
 - 19,7% CSU/CDU
 - aber leider auch einige Grüne-Wähler

Populismus und AfD: Zum Teil Copy Paste aus der Anti-Climate Coalition in den USA. Die Energiewende bietet sich gut für Populismus an, zumal vier etablierte Parteien für die Energiewende eintreten – sie also von der gefühlten „Alternativlosigkeit“ profitieren können.

Es geht um einen Kampf um die Definition des Allgemeinwohls:

Wer wählt die AfD, wer sind die Aktivisten:

- Überdurchschnittliches Bildungsniveau bei Aktivisten
- häufig Männer, Alter 65+
- überdurchschnittliches Einkommen
- häufig pensionierte Gymnasiallehrer, Ing's
- Leute, die Zeit haben
- Häufig Zugezogene. Sie können durch Aktionen gegen die Windenergie Punkte sammeln im Dorf und werden dadurch integriert

60% der Windenergiegegner sind durch keine Veränderung der Gestaltung des Projekts umzustimmen. Man muss unterscheiden zwischen Aktivisten und normalen Windenergiegegnern.

Aktive lokale Windenergiegegner sind selten Klimawandelleugner. Für lokale Windenergiegegner sind folgende Faktoren wichtig: Gesundheit, Landschaftsschutz /Heimat, Naturschutz/Umweltschutz, mangelnder Beitrag zum Klimaschutz

Heimat kann die Heimat der Vergangenheit, die Wahlheimat, die Wohlfühlheimat, die Heimat der Zukunft sein.

Akzeptanz: Man muss die Anliegen der Leute ernst nehmen. Planungszelle ist ein geeignetes Instrument, aber relativ teuer. Planungswerkstätten gab es, in dem Befürworter und Gegner alle Planungsunterlagen bekommen. Bürgerversammlungen delegieren einen Bürgerrat, der dann über das Konfliktthema beraten und entscheiden soll. Diese Einbindung der lokalen Bevölkerung zur Selbstgestaltung führt zu tragfähigen Lösungen.

Dr. Oliver Stengel Uni Bochum: Klimaschutz und Öffentlichkeit

Präsentation

Wie kann man den Klimaschutz wieder populärer machen. Die ursprüngliche Begeisterung ist nicht mehr da.

2006 ging die Berichterstattung in den USA steil nach oben. Danach gering sie wieder stark zurück.

Was ist damals passiert? Eine Kombination mehrerer Ereignisse:

- 2005 Hurrikan Katrina. Stars der Filmkultur haben sich zum Klimaschutz bekannt.
- 2006 Film von Al Gore; Stern-Report: The Economics of Climate Change
- 2007 gab es den 4th Assessment Report des IPCC

2008: Die Finanzkrise war neues Thema in den Medien, verdrängte die Ökologie/Klimawandel. Später: „Islamischer Staat“ (IS), Migration, Digitalisierung

Langfristig wird Klimaschutz in den Medien wieder ein Thema werden. Es müssen dann aber im globalen Norden die Auswirkungen des Klimawandels spürbar sein wie z.B. wie von einem Tornado oder Hitzewelle mit zahlreichen Hitzetoten.

Umfragen:

- In Deutschland liegt der Anteil der Klimaleugner bei 16%, mehr als in anderen Staaten

Wir müssen uns auf die 84% konzentrieren.

Die klimaskeptischen Argumente kommen von Anti-Klimaschutz-Thinktanks wie den der Koch-Brüder (Koch-Industries) her. Die meisten dieser Institute sind sehr klein und werden von Ultrarechten finanziert. EIKE hat 4 Mitarbeiter. Bei der Presse kommen die Klimaskeptiker aber gut an. Journalisten sind dazu angehalten „ausgewogen“ zu berichten und müssen daher auch Klimaleugner aufs Podest heben. Wirkung wie 40% der Wissenschaft, real nur 3%.

Klimaschutz neu framen:

- Ein Bewerben: Geldverdienen mit EE/Klimaschutz kommt deutlich besser an als so moralisch für den Klimaschutz einzutreten.
- Verbindung sozialer Sicherheit und Klimaschutz
- Kostenloser öffentlicher Nahverkehr oder Bürgerticket (Semesterticket für alle)
- Kostenlose Installation von PV-Anlagen und Speichern, Abrechnung erfolgt über die Stromrechnung.
- Bibliothek der Dinge (Sharing Economy) fördern
- Saubere Luft und Lärmschutz (div. Studie zu Tote und Feinstaub/ Lärm/ Stress).

Diskussion

Es gibt drei Dinge, die das Thema hochtreiben: Katastrophen, Klimakonferenzen, Wissenschaft. Das Buch „Der Klimawandel“ von Schellnhuber bietet viele Argumente für die Diskussion mit Klimaleugnern am Infostand.

Oliver Stengel: Der Tabakkonsum ein ermutigendes Beispiel für den Wandel. Erfolgreiche Kampagne: „Rauchen schädigt andere Menschen“ (brachte internat. Konvention). Dies auf Klimaschutz übertragen.

Dr. Gilbert Sieckmann-Joucken: Schlaglicht Welt: Energiepolitik in Belarus

Zusammen mit der Heinrich-Böll-Stiftung. Gilbert Sieckmann-Joucken war in Belarus.

Belarus:

- Ca. 9,5 Mio. Einwohner, ca. 208.000 km², ca. 30% der Landfläche radioaktiv belastet.

Belarus hängt vollständig von Russland ab. Jetzt will Lukaschenko ein Atomkraftwerk bauen mit Rosatom.

Technische Daten: 4 Blöcke Druckwasserreaktoren, 2 gehen 2018 ins Netz, 1200 MW/Block, gesamt 4800 MW

In Litauen gab es 150.000 Demonstranten gegen das Atomkraftwerk, da es grenznah liegt. Das Atomkraftwerk kostet 10 Mrd. € und wird von Russland finanziert.

Im Belarus selbst herrscht eine Anti-Atom-Stimmung. Es gibt eine Anti-Atom-Bewegung. Es gibt auch eine grüne Partei in Belarus. Ihre Arbeit ist aber sehr schwierig.

Erneuerbare Energien:

- 2015: Festlegung von Quoten: Ausbauziele: 168 MW Wind und 10 MW PV

Stromnetze: 10% Übertragungsverluste, Solareinstrahlung: 1300 kWh/(kWp*a)

Heute bezieht Belarus seinen Strom hauptsächlich aus Gas-BHKW, die dezentral in jedem Stadtviertel installiert sind. Darüber hinaus gibt es 46 Wasserkraftwerke mit zusammen 32 MW. Es gibt Untergrundspeicher für Gas.

Wärmesektor: Die Fernwärmenetze sind marode. Der Staat repariert keine Fernwärmenetze.

Projekte zur Zusammenarbeit: Sanierung einer Schule und Installation einer Pelletheizung.

Luca Brunsch, BAG Energie: Stand der Energiepolitik in neuen grünen Bundesländerkoalitionen: Energiepolitik im Jamaika-Koalitionsvertrag in Schleswig-Holstein

Bei der Umwelt- und Energiepolitik wird die grüne Politik fortgesetzt. Im Wärmebereich passiert leider immer noch zu wenig.

Der Ausbau der Stromtrassen ist bald fertiggestellt.

Bei der Windenergie gibt es wenig Änderungen. Bisher lagen die Abstände von Windenergieanlagen 800 m zur Siedlung und 400 m zu Einzelgebäuden. Jetzt gilt 1.000m zu Siedlungen und 3 H (450-600 m bei 150 bis 200 m Anlagenhöhe) bei Einzelgebäuden.

Bundesratsinitiativen:

- Ausbau der Photovoltaik über den bestehenden Umfang hinaus

- Deckel für Offshore-Wind anheben
- Gesetzliche Rahmenbedingungen für Speicher verbessern
- Abschaffung der Förderung von Ölheizungen

Ministerien für Energie, Landwirtschaft und Umwelt bleibt grün, die Digitalisierung kommt noch dazu. Das Finanzministerium ist ebenfalls grün.

Keine Übertragung von Reststrommengen auf das Atomkraftwerk Brokdorf.

Energie und Klimaschutzinitiative (EKI): Energieeffizienzberatung

Klimaschutz: Im Koalitionsvertrag steht jetzt „deutlich unter 2°C“.

Abregelung von Windenergieanlagen: Speicher könnten die Lösung sein. Dazu gibt es eine Bundesratsinitiative. Es soll in Entwicklung investieren werden, Schleswig-Holstein will Silicon Valley der H2-Technologie werden.

Es wird ein Geothermiekataster erstellt.

Resume: Für Jamaika ist das Ergebnis o.k. In Schleswig-Holstein ist die FDP gegen Atomkraft.

Auswertung BDK und zukünftige Ausrichtung der BAG – Teil 1

30 Änderungsanträge wurden in Kassel erstellt. Die meisten wurden bei der BDK übernommen.

Kohleausstieg:

- BAG-Vorschlag: Regelbetrieb bis 2025 beenden, danach nur noch als Reserve
- Karl-Wilhelm: Harte Position: 2025 ist Schluss mit allen Kohlekraftwerken

Beschlossen wurden nun, dass die 20 Kohlekraftwerke mit den höchsten Treibhausgasemissionen unverzüglich stillgelegt werden und bis 2030 die Stromerzeugung auf 100% erneuerbare Energien umgestellt wird. Damit gibt es 2030 auch keine Kohlekraftwerke mehr.

Es wurde darüber diskutiert, ob und wie die BAG Energie in die Abstimmung des Koalitionsvertrags eingebunden werden könnte.

Sonntag, 2. Juli 2017

Prof. Dr. Dr. h.c. Michael Daxner, Potsdam: Schlaglicht Welt: Energiepolitik in Afghanistan

Präsentation

Michael Daxner ist seit 2003 Berater des afghanischen Wissenschaftsministeriums. Er war in Kosovo eine Art Bildungsminister der UN. Und ist engagiert in der BAG Frieden.

Afghanistan:

- Doppelte Fläche wie Deutschland, Gebirge und Wüste vorherrschend.
- 35 Mio. Einwohner (Verdoppelung in den letzten 20 Jahren);
- Hohes Bevölkerungswachstum: ca. 4,6 Kinder/pro Frau
- 50% der Bevölkerung wohnt in größeren Städten. Das Land ist sehr arm.

Das Gebirge ist nicht vergleichbar mit den Alpen. Es gibt sehr enge Schluchten, aber trotzdem wenig Wasser für Wasserkraft. Der Großteil des Landes ist arid. Der Krieg hat Land verwüstet – Dezentrale Wasserkraft ist sinnvoll. Die Wasserkraftpotentiale sind schwierig langfristig

abschätzbar aufgrund des Klimawandels, der die Gletscher abschmelzen lässt.

Kohle wurde schon immer abgebaut. Es gibt einen nennenswerten Vorrat, der aber nicht massiv nutzbar ist. Es gibt ein bisschen Öl. Was man überall hört, sind die Dieselgeneratoren. Es gibt viele Dieselimporte, die vor allem für die Elite verwendet werden. Karawanen von Diesel-Tanklastern sind in Afghanistan unterwegs. Es gibt ein großes Potenzial für die PV. Die Windpotenziale eher schlecht.

Es gab eine urbane Elite. Große Städte hatten Strom. Die ländliche Bevölkerung hatte keinen Strom. Die Kommunalisierung der Stromnutzung ist wichtig.

Stunde 0 war im Jahr 2001, 9/11.

Informationen über Afghanistan:

- AAN: Afghanistan Analysts Network
- OECD-Akten sind einigermaßen seriös

Diskussion

Laufwasserkraftwerke sind besser geeignet als Speicherwasserkraftwerke mit Staudämmen, auch für Afghanistan.

Die „Kinderhilfe für Afghanistan“ ist erfolgreich. Es geht nicht nur um Schulen. Das die Mädchen in die Schulen gehen sollen, haben auch die Taliban kapiert wegen des Widerstands der Eltern.

Lokale Warlords haben Macht auf Wasserkraftwerke. Genossenschaftliche Energieversorgung Mittel der Wahl.

Auswertung BDK und zukünftige Ausrichtung der BAG – Teil 2

Einbindung der BAG in Koalitionsverhandlungen

Die Einbindung der BAG Energie bei Verhandlungen ist schwierig, da Informationen nicht zu weit gestreut werden dürfen. Schließlich sollen während der Verhandlung irgendwelche grün-interne Konflikte nicht in der Zeitung stehen. Eine Lösung könnte sein, dass die Sprecher*innen in dem Kreis drin sind.

Die Frage ist, welche Themen werden stärker gewichtet z.B. Kohleausstieg oder Ehe für alle. Ein kritischer Blick der BAG Energie wäre sinnvoll. In Rheinland-Pfalz wurden die LAG eingebunden. Das könnte man auf Bundesebene auch so machen, wenn es zu Koalitionsverhandlungen kommen sollte.

Im 10-Punkte-Plan steht energieseitig nur der Kohleausstieg drin. Inhalte aus dem Wahlprogramm werden wahrscheinlich nicht verhandelt.

Das Problem ist, dass man relativ schnell eine Meinung gebildet haben muss. 7 Tage für Online-Abstimmung.

*„Sollte es zu einer Urabstimmung über einen Koalitionsvertrag kommen, werden die Sprecher*innen der BAG Energie nach einem 3-tägigem Diskussionsprozess auf einem internen Mailverteiler eine Stellungnahme erarbeiten. Diese wird in einer Eil-Doodle-Abstimmung von den Mitgliedern der BAG beschlossen. Die Stellungnahme soll dann an die Parteiöffentlichkeit kommuniziert werden“:*

Mit 13 ja und 6 Enthaltung **angenommen**

„Die BAG Energie sollte vom Bundesvorstand mit ihrem fachlichen Input in Koalitionsverhandlungen eingebunden werden; dabei sollte ausgelotet werden, inwieweit die

Sprecher*innen bspw. in nachgelagerten Fachgruppen mitarbeiten.“:

Einstimmig **angenommen**.

„Die Sprecher*innen der BAG Energie werden beauftragt, wieder einen internen Diskussionsverteiler einzurichten, auf dem neben den offiziell Delegierten auch Mitglieder der BAG aufgenommen werden, die nicht delegiert oder kooptiert sind.“:

Bei 2 Enthaltungen einstimmig **angenommen**.

Wahl einer Sprecherin bei der nächste BAG Energie-Sitzung

Wir bitten alle, sich bei ihren LAG umzuschauen, ob Frauen BAG-Sprecherinnen werden wollen, weil wir sonst 2018 keine Sprecherin mehr haben.

Künftige Themen für die BAG

Summe Punkteanzahl	Themenbereich
19	Speicher
16	Atom- & Kohleausstieg
15	Energiemarktdesign, Netze & Sektorkoppelung
10	Wärmewende
7	Verkehrsaspekte
6	Netze
5	Suffizienz
5	Akzeptanz d. Energiewende

Es wurde diskutiert, ob man Framing auf die Tagesordnung setzen soll. Es gibt auch ein Papier vom BuVo.

Befangenheit

Nachfrage beim BuVo ergab, dass es keine Regelungen zur Befangenheit gibt. Wenn jemand meint, dass jemand befangen ist, soll er das kundgeben. Dann finden wir eine Lösung. Befangen wäre jemand, wenn jemand Beschlüsse im Sinne mitbeschließt, von der seine Firma/ er selbst ganz direkt und unmittelbar profitiert (wie z.B. sich ein Kommunalabgeordneter mit eigenen Flächen in einer zu beschließenden Windvorrangfläche rauszuhalten hat).

Wenn jemand sein Geld in einem bestimmten Bereich verdient, dann sollte man analog zu kommunalen Parlamenten, auf eine Teilnahme bei der entsprechenden Abstimmung verzichten. Einen fachlichen Input darf er natürlich geben.

Man solle das aber nicht zu eng fassen. Wenn jemand PV-Installateur ist, dann soll er beim Thema EEG mitstimmen geben. Nur bei ganz direkten Verbindungen, wenn z.B. die Grenze bei PV-Freiflächen-Anlagen die Grenze von 10 auf 11 MW verschoben werden soll und man selbst gerade eine 11-MW-Anlage plant. Oder wenn es um eine konkrete Firma geht, bei der man selbst beteiligt ist, dann sollte man seine Beteiligung kundtun. Es gibt einen Unterschied zwischen einer ganzen Branche oder einer konkreten Firma. Werbung für die eigene Firma hat im Debattenverteiler nichts zu suchen.

Bund-Länder-Berichte

Bremen:

Klimaschutzziel wird wahrscheinlich verfehlt. Gründe:

- Bevölkerungswachstum um etwa 4%
- Ausweitung der Produktion von Daimler
- Müll wird importiert und in der Müllverbrennungsanlage verbrannt
- Kraftwerk zur Verbrennung von Kunststoffmüll

Die Netzgesellschaft (Strom, Fernwärme, Gas) wurde zu 25% zurückgekauft. Defizitäre Kohlekraftwerke sollen von Bremen gekauft werden.

Offshore-Wind: Baustopp für Hafen durch Gericht. Oberverwaltungsgericht hat Baustopp bestätigt. Der Hafen soll in einem sensiblen Naturschutzgebiet gebaut werden. Es muss einen triftigen Grund geben. Der Bedarf muss nachgewiesen werden. Für die Genehmigung ist der BUND zuständig. Siemens hat Hafen in Cuxhaven.

Hessen

Klimakonzept

1000 Windenergieanlagen in Hessen

Rückbau Biblis: 2,5 Mrd. €

Internetknoten in Frankfurt: größter Energieverbraucher in Frankfurt. Ein Klick: 7-fache Energieverbrauch von was.

NRW

Energieministerium jetzt in FDP-Hand. Windenergie soll platt gemacht werden unter anderen durch eine 7 H-Abstandsregelung. Im Wald soll es überhaupt keine Windenergieanlagen mehr geben. Die 450 bereits genehmigte Anlagen sind nicht betroffen.

Hektomechanik: Fracking

Am 11.11.2017 findet in Bonn die Klimakonferenz statt

Die Grünen sind bei der letzten Wahl auf 14 Menschen im Landtag geschrumpft

Ende Gelände: Es gab viele Auseinandersetzungen im Landtag. Grüne sind auch beteiligt und unterstützen den Protest, solange gewaltfrei.

Sachsen

Insolvenz Solarworld. Vielleicht wird sie von einer chinesischen Firma übernommen. Die Gefahr besteht, dass langfristig die Photovoltaik-Industrie aus dem Standort verschwindet. Zum Beispiel gibt es bei Hanwha Q-Cells in Deutschland nur noch eine Forschungsabteilung, aber keine Produktion mehr. Die Forschung könnte auch bald abwandern.

Grüne Jugend

Steinkohlehafen in den Niederlanden. Blockade als Protest. Auch in Tschechien gibt es Protest

Sommerakademie

Ende Gelände, rheinisches Kohlerevier in NRW: 24. bis 29. August (Klimacamp 18. bis 29. August)

Niedersachsen

Im Wahlprogramm ist vieles aus der LAG Energie übernommen worden.

Schleswig-Holstein

Koalitionsvertrag

Brennelemente aus Brunsbüttel entfernt

Senvion streicht 1000 Stellen

Veranstaltung zu Wärme, u.a. Umgang mit Ölheizungen

In den Kommunen spielt Energie zurzeit keine Rolle. Da müssen wir dranbleiben.

Hamburg

Es gibt Spannungen zwischen dem grünen Senator und der LAG Energie wegen Kohlekraftwerk Wedel. Bisher keine Lösung für die Fernwärme. Das Problem ist, eine Alternative für das Kohlekraftwerk zu finden. Beim Kohlekraftwerk Moorburg fällt viel Abwärme mit 30°C an, was für die Fernwärme zu wenig ist. Man müsste die Temperatur aus einer anderen Stelle an den Turbinen abzapfen und man müsste eine Fernwärmeleitung unter die Elbe legen. Diskutiert wird auch über ein Holzhackschnitzelheizwerk.

Rheinland-Pfalz

Wenig gelaufen in den letzten Monaten.

LAG Verkehr beschäftigt sich gerade mit Elektromobilität

Der Ausbau der Windenergie ist zurückgefahren worden wegen der FDP. Ein großes Problem sind die Ausschreibungen. Das Referenzertragsmodell ist nicht ausreichend differenziert. Der Einfluss der FDP ist begrenzt außer bei Netzentgelten. Die Energie ist beim Umweltministerium.

AK Atom

Die Arbeit im AK Atom wurde in den letzten 3,5 Jahren durch Karl-Wilhelm gemacht mit Unterstützung durch Hartwig.

Im 10-Punkte-Programm kein Wort zu Atom.

Herman Ott will das Thema Atom bei den Grünen wieder voranbringen.

Schwerpunkte:

- Endlager, Gundremmingen, Terror, Urananreicherung von Urenco

Brennelementesteuer: Presseerklärung von grünen MdB, aber keine weiteren Aktivitäten.

Tihange-Demo: auch viele Grüne waren da. Das Atomthema ist noch nicht ganz raus.

Bayern

Bürgerinitiativen gegen HGÜ-Trassen machen massiv Stimmung gegen Bündnis 90/Die Grünen, da diese nicht auf ihrer Seite gegen die HGÜ-Trassen kämpfen.

Es gibt unter Grüne in Bayern unterschiedliche Meinungen über den erforderlichen Umfang von HGÜ-Trassen.

Seit in Bayern wieder Ackerflächen mit Photovoltaikanlagen bebaut werden dürfen, werden wieder mehr große Freiflächen-Photovoltaik-Anlagen in Bayern gebaut. Der Anteil der erfolgreichen Gebote aus Bayern im Rahmen der Ausschreibung ist auf 56% gestiegen.

In München sind Fahrverbote für Diesel-PKW ab 2018 wahrscheinlich. Bürgermeister Dieter Reiter (SPD) ist bereit für Fahrverbote. CSU tobt.

Brandenburg

Modelle zu mehr lokale Wertschöpfung werden diskutiert. Es entsteht der Eindruck, dass die lokale Wertschöpfung bei der Windenergie zu niedrig ist. Dazu gab es eine Veranstaltung. DKB bietet höher verzinsten Geldanlagen für Windenergie der Bevölkerung an. In Brandenburg gibt es viele Konflikte, da diese nicht moderiert werden. Es findet kein Dialog statt.

Kohlekabinettsitzung: Brandenburg setzt immer noch auf Braunkohle und verliert dadurch Gelder, die für Strukturwandel zur Verfügung stehen.

Berlin

Netzzurückkauf-Problematik

Potenziale an Fachleute durch Zuverdienstmöglichkeiten für Rentner und Altersteilzeit.

Termine

30.09.2017: Länderrat

20. bis 22. 10.2017: BDK

27.10. bis 29.10.2017: 3. Treffen BAG Energie in Berlin